

Ergebnisprotokoll und Entscheidungsniederschrift

3. Sitzung des IT-Planungsrats		
<u>Datum:</u> 24. September 2010	<u>Ort:</u> Berlin	<u>Uhrzeit:</u> 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr
<u>Leitung:</u> [REDACTED] [REDACTED]	<u>Teilnehmer:</u> siehe Anwesenheitsliste, <u>Anlage 1</u>	<u>Tagesordnung:</u> siehe <u>Anlage 2</u>

TOP 1	Begrüßung
--------------	------------------

Zu Beginn der Sitzung veranlasste die Vorsitzende des IT-Planungsrats, [REDACTED] eine kurze Rückschau auf die Klausurtagung am 23. September 2010 auf Basis des als Tischvorlage eingebrachten Eckpunktepapiers (Anlage 3).

Überwiegend wurde ein großes Interesse der Vertreter der Interessengruppen an einer Zusammenarbeit mit dem IT-Planungsrat festgestellt. Es herrschte Einvernehmen, dass ein Beirat für die Wissenschaft eingerichtet werden solle. Zudem solle der Bitte der Umweltministerkonferenz (UMK) aus der Klausurtagung zur stärkeren Einbindung in die Aktivitäten des IT-Planungsrats mittels Berichterstattung der Geschäftsstelle in den Untergremien der UMK nachgekommen werden.

[REDACTED] wies in Bezug auf die Ausführungen der Gewerkschaften in der Klausurtagung darauf hin, dass er die Einbindung der Gewerkschaften über den Konsultationskreis des BMI sehr begrüße. Zum gegebenen Zeitpunkt könne aber ergänzend eine Einbindung der Gewerkschaften in die Projektarbeit erforderlich sein.

Die Geschäftsstelle wurde gebeten, auf Grundlage der Ergebnisse der Klausurtagung und der 3. Sitzung dementsprechend konkretisierte Vorschläge bis zur 4. Sitzung des IT-Planungsrats vorzulegen.

AZ: IT1-190 001-9/0#22

Stand: 19. Oktober 2010

Die Vorsitzende berichtete anschließend zum Stand der Abstimmung mit dem BMAS (IT im Bereich Grundsicherung für Arbeitssuchende – SGB II) und dem BMVBS (Kfz Online) und ihre Schreiben an die Staatssekretäre der federführenden Bundesressorts.

Die Kommunen betonten erneut, dass die Einbindung in die Entwicklung der Software Allegro nicht ausreiche. BMI sagte hierzu die weitere Klärung zu. Mit dem BMVBS sei ein Abstimmungsgespräch gemeinsam mit HH für Anfang Oktober geplant. Die Einigung auf die Passagen zum Kfz-Wesen im Aktionsplan sei erreicht und ein wichtiger Schritt zur gemeinsamen Beförderung des Projekts.

Zudem führte die Vorsitzende in Anknüpfung an die 2. Sitzung des IT-Planungsrats zur LÜKEX (Länderübergreifende Krisenmanagementübung / EXercise) aus, dass Hessen vor kurzem einen Vertreter vorgeschlagen habe. Die Vorsitzende kündigte insoweit ein Umlaufbeschlussverfahren an; diesbezüglich bestand Einvernehmen. Es wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

1. Der IT-Planungsrat beschließt das Protokoll zur 2. Sitzung am 2. Juli 2010 in der vorgelegten Fassung.
2. Der IT-Planungsrat stellt die Tagesordnung und seine Beschlussfähigkeit fest.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 2

Kooperationsgruppe Nationale E-Government-Strategie

Nach kurzer Einführung durch die Vorsitzende zur vorgelegten Fassung der Nationalen E-Government Strategie wurde von verschiedenen Mitgliedern hervorgehoben, dass nunmehr ein wichtiges Grundlagedokument für E-Government in Deutschland vorläge. Die Nationale E-Government Strategie solle nun als Leitlinie für die weitere Entwicklung des E-Government in Deutschland fungieren. Die weitere Konkretisierung und

AZ: IT1-190 001-9/0#22

Stand: 19. Oktober 2010

Umsetzung der Nationalen E-Government Strategie müsse nun von der Kooperationsgruppe Strategie erarbeitet werden.

Sachsen brachte in der Sitzung einen Änderungsantrag zur Konkretisierung von Ziel 19, - einen Hinweis auf die Bedeutung grenzüberschreitender E-Government-Dienste - ein. Die Geschäftsstelle hat dazu eine Tischvorlage verteilt (Anlage 4). Dem Änderungsantrag wurde einvernehmlich zugestimmt.

Die Vorsitzende, [REDACTED] schlug redaktionelle Änderungen zum Entwurf der Beschlussziffer 3 vor. Diesen Vorschlägen wurde einvernehmlich gefolgt.

Vor dem Hintergrund der Diskussion wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:
1. Der IT-Planungsrat beschließt die Nationale E-Government-Strategie.
2. Der IT-Planungsrat beschließt die Fortführung der befristeten Kooperationsgruppe "Strategie" in der bisherigen Zusammensetzung und Organisation bis zum 30. Juni 2011.
3. Der IT-Planungsrat beauftragt die Kooperationsgruppe „Strategie“ auf der Basis der Handlungsfelder der Nationalen E-Government-Strategie mit der Erarbeitung und Vorlage einer Planung, in der das Vorgehen zur Umsetzung und die Priorisierung der Maßnahmen ebenso wie die Finanzierung und das Controlling vorgeschlagen werden, zur Beschlussfassung.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 3	Vorhaben D115
--------------	----------------------

Einleitend wurden der Sachstand und die Beschlussvorschläge seitens der Vorsitzenden sowie ergänzend von [REDACTED] erläutert.

AZ: IT1-190 001-9/0#22

Stand: 19. Oktober 2010

Auf Nachfragen des Deutschen Städtetages wurde dargelegt, dass die zentralen technischen Komponenten von D115 (z.B. der D115-Netzbetrieb) insgesamt neu ausgeschrieben werden müssten. Erläutert wurde auch, dass darüber hinaus geprüft werde, ob Rahmenverträge für D115-Teilnehmer, also z.B. für die Kommunen, vergeben werden. In Bezug auf Rahmenverträge bestehe für die D115-Teilnehmer keine Abnahme-Verpflichtung.

Die Kommunen wiesen außerdem darauf hin, dass die Belange sehbehinderter Mitarbeiter in den Call-Centern verstärkt beachtet werden müssten. Die Vorsitzende schlug vor, dieses Thema in den D115 Gremien zu behandeln.

Mit dem Übergang in den Regelbetrieb wurde entschieden, D115 im Projekt- und Anwendungsplan zukünftig als Anwendung zu führen.

Vor dem Hintergrund der Diskussion wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

1. Der IT-Planungsrat beschließt den Finanzierungsschlüssel für D115 mit folgenden Eckpunkten:
 - a) Der Bund und die beigetretenen Länder finanzieren den Regelbetrieb von D115 vom 1. April 2011 bis zum 31. Dezember 2014 je zur Hälfte.
 - b) Der Regelbetrieb wird zunächst in einer Mindestvariante, die sich aus den im anliegenden Finanzierungsplan ausgewiesenen Mitteln ergibt, sichergestellt. Über die Verwendung dieser und der durch weitere Beitritte verfügbaren Finanzmittel entscheiden der Bund und die beigetretenen Länder.
 - c) Die Finanzierung des Anteils der Länder erfolgt - unter Berücksichtigung des erklärten Beitritts - entsprechend der den Ländern zugewiesenen Anteile nach dem Königsteiner Schlüssel (siehe Anlage Finanzierungsschlüssel). Eine Verrechnung der Kostenanteile der nichtbeteiligten Länder erfolgt nicht. Beitretende Länder tragen ihren jeweiligen finanziellen Anteil ab dem Beitrittsjahr. Der Finanzierungsanteil des Bundes entspricht dem von den Ländern tatsächlich geleisteten Finanzierungsanteil.
 - d) Der Beschluss steht unter jeweiligem Haushaltsvorbehalt von Bund und

Ländern.

e) Eine Beitrittsverpflichtung der Länder besteht nicht.

2. Der IT-Planungsrat beschließt: Das Bundesministerium des Innern, vertreten durch das Beschaffungsamt und beauftragt durch alle D115-Teilnehmer, übernimmt die Funktion einer nationalen Vergabestelle für D115.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Protokollnotiz der Länder Niedersachsen, Bayern, Brandenburg und Thüringen:

Für eine Befassung mit dem Projekt in Niedersachsen, im Freistaat Bayern, in Brandenburg und in Thüringen ist weiterhin die Vorlage eines Evaluationsberichts zum Pilotbetrieb erforderlich.

TOP 4

Aufbau der Koordinierungsstelle für IT-Standards

Die Eckpunkte zum Aufbau der KoSIT wurden auf Bitten der Vorsitzenden von [REDACTED] erläutert.

[REDACTED] betonte mit Verweis auf den Niedersächsischen IT Planungsrat, dass eine Beteiligung der Fachministerkonferenzen formal beim jetzigen Verfahrensstand noch nicht erforderlich sei. Gleichwohl sei es aber wünschenswert, bereits jetzt auch gegenüber den Fachministerkonferenzen den Status und das weitere Vorgehen transparent zu machen. Im Zuge der Erarbeitung der Abstimmungsverfahren müsse allerdings eine formale Beteiligung der betroffenen Fachministerkonferenzen erfolgen.

Der [REDACTED] bat zur Beachtung der Belange des Landesdatenschutzes um Einbindung des Arbeitskreises Technik der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder.

Vor dem Hintergrund der Diskussion wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

1. Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht des Bundes zum Aufbau der Koordinierungsstelle für IT-Standards des IT-Planungsrats zur Kenntnis.
2. Der IT-Planungsrat beschließt die Eckpunkte zum Aufbau der Koordinierungsstelle für IT-Standards bei der Freien Hansestadt Bremen sowie die Übersicht über die Aufgaben der Koordinierungsstelle für IT-Standards (Anlage 3 der Eckpunkte) und bittet die Freie Hansestadt Bremen um deren Umsetzung. Der IT-Planungsrat beauftragt seine Geschäftsstelle in Abstimmung mit der Freien Hansestadt Bremen, die entsprechenden Vereinbarungsgrundlagen zu entwerfen.
3. Der IT-Planungsrat bittet den Bund, in der Aufbau- und Übergangsphase weiterhin die Aufgaben gemäß Ziffer 7) des Eckpunktepapiers zu übernehmen.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 5	Bericht an die CdS
--------------	---------------------------

Nach kurzer Einführung in den TOP erläuterte die Vorsitzende, dass die Absätze zum Meldewesen im Aktionsplan (S. 4 f) sowie im Bericht an die CdS (S. 4, 10 f) aufgrund einer kurzfristigen Entscheidung angepasst werden mussten.

Die Vorsitzende verwies zudem auf die ebenfalls im Kontext der Beschlussfassung zu D115 notwendigen Änderungen des Berichts an die CdS (Seite 7 f), da das Vorhaben D115 als Anwendung zu führen sei.

Zudem wurden von [REDACTED] und [REDACTED] [REDACTED] Änderungsvorschläge zu den Formulierungen im Aktionsplan eingebracht („Legislaturperiode des Deutschen Bundestags“, „Der Bund übernimmt den gleichen Anteil wie das bevölkerungsreichste Land“). Dazu wurden ein überarbeiteter Bericht an die CdS und Aktionsplan als Tischvorlagen vorgelegt (Anlagen 5, 6).

AZ: IT1-190 001-9/0#22

Stand: 19. Oktober 2010

Sämtlichen Änderungsanträgen wurde einvernehmlich zugestimmt.

Vor dem Hintergrund der Diskussion wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

1. Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht an den Chef des Bundeskanzleramtes und der Chefin und den Chefs der Staats- und Senatskanzleien nebst Anlagen zur Kenntnis.

2. Der IT-Planungsrat stimmt dem im Bericht enthaltenen Beschlussvorschlag zu:

„Der IT-Planungsrat empfiehlt dem Chef des Bundeskanzleramtes und der Chefin und den Chefs der Staats- und Senatskanzleien folgenden Beschluss:

1. Der Chef des Bundeskanzleramtes und die Chefin und die Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder nehmen den Bericht des IT-Planungsrats und den Aktionsplan Deutschland-Online zur Kenntnis.

2. Der Chef des Bundeskanzleramtes und die Chefin und die Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder empfehlen der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und den Regierungschefs der Länder folgenden Beschluss:

Die Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und den Regierungschefs der Länder nimmt den Aktionsplan Deutschland-Online zur Kenntnis und bittet den IT-Planungsrat, diesen umzusetzen.“

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 6**Konsolidierter Projekt- und Anwendungsplan**

Die Vorsitzende bat den Leiter der Geschäftsstelle IT-Planungsrat, [REDACTED] um eine kurze Einführung.

[REDACTED] äußerte im Nachgang der Berichterstattung die Auffassung, dass mit Blick auf die übermittelten umfangreichen und guten Vorbereitungsunterlagen, eine mündliche Berichterstattung verzichtbar sei und regte zur beschleunigten Befassung an, eine Berichterstattung nur im Bedarfsfall ausdrücklich abzufordern. Dem Vorschlag wurde einvernehmlich entsprochen.

[REDACTED] weist mit Bezug auf das Protokoll zur 2. Sitzung des IT-Planungsrats (TOP 7) und die Ausführungen zum Themenbereich Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) in der überarbeiteten Portfolio-Analyse darauf hin, dass die Initiativen der GDI-DE - obwohl im Projekt- und Anwendungsplan 2011 nicht ausdrücklich erwähnt - im IT-Planungsrat zu behandeln seien. Gegenläufige Auffassungen wurden hierzu nicht vorgebracht.

[REDACTED] führte aus, dass im Kontext der Fortentwicklung des Projekt- und Anwendungsplans die Potentiale verschiedener Projekte geprüft werden müssten und verwies beispielhaft auf das BaföG-Online-Vorhaben.

Die Vorsitzende wies auf die Entscheidung zu TOP 3: „Vorhaben D115“ hin, der zufolge D115 nunmehr als Anwendung im Projekt- und Anwendungsplan zu führen sei. Daraus folge die Notwendigkeit einer diesbezüglichen Änderung des Projekt- und Anwendungsplans. Dem wurde mit der eingebrachten Tischvorlage entsprochen (Anlage 7).

Nach kurzer Diskussion wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der IT-Planungsrat beschließt den Projekt- und Anwendungsplan 2011.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Protokollnotiz Sachsen:

[REDACTED] regte an, die Initiierung eines neuen Steuerungsprojekts zur Nutzerauthentifizierung, das auf den Ergebnissen des bisherigen Koordinierungsprojekts S.A.F.E. aufsetzt, zu gegebener Zeit zu prüfen.

TOP 7.1	Überführung der KoopA ADV Strukturen
----------------	---

Unter Hinweis auf die Vorbereitungsunterlagen verzichtete die Vorsitzende auf weitere Ausführungen zu den TOP 7.1. sowie TOP 7.2. und bat um eventuelle Wortbeiträge.

[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] führte klarstellend zu Ziffer 3 des Beschlussvorschlags zu TOP 7.1 sowie TOP 7.2. aus, dass der Verfahrensvorschlag bzw. Bericht eine Abstimmung von Bund und Ländern beinhalte. Dazu bestand Einvernehmen.

Es wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:
1. Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht der Geschäftsstelle zur Aufgabenüberführung des Projektbüros des KoopA zur Kenntnis.
2. Der IT-Planungsrat bittet das Land Hessen, die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung mit den weiterhin notwendigen Aufgaben des ehemaligen Projektbüros des KoopA bis einschließlich 30.06.2011 zu beauftragen.
3. Die Geschäftsstelle wird beauftragt, bis zur 4. Sitzung einen abgestimmten Verfahrensvorschlag zur abschließenden Aufgabenüberführung vorzulegen und zum aktuellen Sachstand zu berichten.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
---	---	---

17	0	0
----	---	---

TOP 7.2	Umgang mit der Empfehlung des KoopA ADV zu den Arbeitsgruppen und Produkten des KoopA ADV
----------------	--

[REDACTED] bat, auch die Beschlüsse aus dem Jahr 2010 einzubeziehen.

[REDACTED] wies darauf hin, dass der KoopA Erfahrungsaustausch als Veranstaltung ohne die Teilnehmer von Vertretern der Wirtschaft ein Alleinstellungsmerkmal hatte. Daher solle über eine Fortsetzung des Erfahrungsaustauschs in modifizierter Form nachgedacht werden.

Vor dem Hintergrund der Diskussion wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:
Der IT-Planungsrat beschließt, dass die Arbeitsgruppen XDomea und EVB-IT zunächst fortgeführt werden. Die Geschäftsstelle wird gebeten, bis zur 4. Sitzung des IT-Planungsrats einen Bericht mit Vorschlägen zum Umgang mit den Empfehlungen des KoopA ADV (Anlage zum Beschluss Nr. 06 - 3/2010) zum Umgang mit den Arbeitsgruppen und den Produkten vorlegen.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 8	Vorhaben Personenstandswesen
--------------	-------------------------------------

Auf Bitten der Vorsitzenden führte [REDACTED] zum Sachstand im Personenstandswesen aus.

[REDACTED] berichtete von einem auf Arbeitsebene, unter Beteiligung des Bundes, von Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen erzielten Ergebnis:

- Das Vorhaben Personenstandswesen solle den XÖV-Standard XRegisterschnittstelle entwickeln.
- Es solle ein Lösung gesucht werden, die die bereits eingesetzte ePR-Schnittstelle und die in Entwicklung befindliche Spezifikation XRegisterschnittstelle so in Übereinstimmung bringt, so dass den Interessen aller Beteiligten Rechnung getragen werde, unter Berücksichtigung der besonderen personenstandsrechtlichen Vorgaben XÖV-Konformität hergestellt und ein zukunftssicheres Betriebs- und Pflegemodell konzipiert werde.
- Die in Betrieb befindliche Schnittstelle solle allenfalls insoweit angepasst werden, als sie den Anforderungen einer künftigen Standardspezifikation nicht gerecht werde.

Es wurde auf noch offene Fragen des Zusammenhangs zwischen den Standards XRegisterschnittstelle sowie XJustiz hingewiesen. Hierzu müsse vor einer Beschlussfassung noch eine Klärung erfolgen. Dem Vorschlag, den Standard im Umlaufverfahren zu beschließen, wurde mit Hinweis auf die Komplexität und besondere Bedeutung nicht gefolgt.

Langfristig müsse das Ziel ein Standard für Personendaten sein. Allerdings sei die Entscheidung über den Umfang des Standards eine grundlegende Fragestellung zu der Konsens erzielt werden müsse. Wenn ein Standard möglichst viele Daten enthalte, müsse über die Nutzung der Einzeldaten im jeweiligen Verfahren entschieden werden.

Diese Sicht wurde vom [REDACTED] nicht geteilt. Man müsse darauf hinwirken, dass nicht das Maximum an Personendaten erhoben werde. Zudem sei rechtlich noch unklar, ob zentrale Register auf Länderebene möglich sind.

Im Ergebnis der Erörterung wurde eine Befassung des IT-Planungsrats mit einem Beschlussvorschlag - nach Abstimmung mit Bund und Ländern und Klärung ggf. offener Fragen - in der kommenden Sitzung festgehalten.

AZ: IT1-190 001-9/0#22

Stand: 19. Oktober 2010

Die Vorsitzende stellte unter Verweis auf den Sitzungsvorbereitenden Bericht des Bundes die Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich der Green-IT kurz vor.

Es herrschte Konsens, dass die Bedeutung des Themas Green-IT eine weitere Behandlung im IT-Planungsrat erfordere. Zur Entlastung der Sitzung schlug die Vorsitzende auf Anregung mehrerer Mitglieder vor, dass die Länder eine Zusammenstellung ihrer jeweiligen diesbezüglichen Aktivitäten an die Geschäftsstelle übermitteln sollten. Zudem werde der Bund zu einem Austausch auf Arbeitsebene einladen.

Es bestand Einvernehmen zur Zielsetzung, gemeinsame Maßnahmen zu evaluieren und darauf aufbauend eine erneute Befassung des IT-Planungsrats vorzunehmen.

TOP 10
Bericht über die Mittelverwendung des IT-Planungsrats

Die Vorsitzende verwies auf den Bericht über die Mittelverwendung und die Vorschläge der Geschäftsstelle. Es gab keinen Erörterungsbedarf.

Folgender Beschluss wurde gefasst:

Beschluss:

Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht der Geschäftsstelle zur Kenntnis und stimmt den Vorschlägen zur Mittelverwendung für das zweite Halbjahr 2010 zu.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 11
Internetauftritt des IT-Planungsrats

AZ: IT1-190 001-9/0#22

Stand: 19. Oktober 2010

Auf Bitten der Vorsitzenden führte der Leiter der Geschäftsstelle, [REDACTED] zum Vorschlag eines Internetauftritts unter Zugrundelegung einer Demonstration kurz aus.

[REDACTED] wies darauf hin, dass er an die Länder mit Blick auf die vorgesehene Verlinkung auf die E-Government-Landesseiten noch gesondert herantreten werde.

[REDACTED] regte an, die Freischaltung der Webseite öffentlichkeitswirksam vorzunehmen, z.B. auf der Messe Moderner Staat und spätestens gelegentlich des IT-Gipfels. Der Vorschlag fand die Zustimmung des Gremiums.

TOP 12	Veröffentlichung von Entscheidungen des IT-Planungsrats
---------------	--

Die Vorsitzende führte unter Hinweis auf die von der Geschäftsstelle vorgelegte Zusammenstellung der Veröffentlichungsempfehlungen für die erste und zweite Sitzung des IT-Planungsrats in das Thema ein.

Es bestand Einvernehmen, dass Sitzungsprotokolle sowie Sitzungsunterlagen, die einen vorläufigen Charakter haben, keine Veröffentlichung erfahren sollten.

Darüber hinausgehend regte [REDACTED] entgegen dem Vorschlag der vorliegenden Zusammenstellung unter Verweis auf die staatsvertraglich vorgesehene grundsätzliche Veröffentlichungspflicht an, auch Finanzierungsunterlagen bzw. die Finanzplanungen zu veröffentlichen.

In diesem Kontext wurde diskutiert, ob und ggf. inwieweit die Veröffentlichung von Finanzplanungsunterlagen, z.B. von Projektbudgets oder aber der Finanzplan zu D115 rechtlichen, insb. vergaberechtlichen Bedenken begegne.

Zur abschließenden Klärung verständigte man sich auf die Vertagung des TOP und einer Entscheidung zur Veröffentlichung zu den Tagesordnungspunkten aus der aktuellen Sitzung.

Die Geschäftsstelle wurde gebeten, eine entsprechend modifizierte Vorlage als Entscheidungsgrundlage zur kommenden Sitzung vorzulegen.

TOP 13.1	De-Mail
-----------------	----------------

[REDACTED] schlug vor, das Thema als regulären Tagesordnungspunkt in der vierten Sitzung zu behandeln. Hierzu herrschte Einvernehmen.

TOP 13.2	Neuer Personalausweis – Gebührenverordnung / Sicherheit
-----------------	--

Unter Hinweis auf das Eckpunktepapier zur Klausurtagung und die Vormerkung zur 4. Sitzung wurde der Vorschlag einer Zusammenstellung von Anwendungsszenarien für den Neuen Personalausweis (nPA) erneut unterstützt.

TOP 13.3	Sachstand zur Einführung von IPv6 in der öffentlichen Verwaltung Deutschlands
-----------------	--

Der schriftliche Bericht wurde ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

TOP 13.4	Sachstandsbericht zu SAGA 5
-----------------	------------------------------------

Der schriftliche Bericht wurde ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

TOP 14.1	Ansprechpartner für EU-Gremium
-----------------	---------------------------------------

Die Vorsitzende führt kurz zum TOP aus. Ohne weitere Erörterung wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der IT-Planungsrat empfiehlt, die Vertretung der Länder im ISA-Ausschuss durch Herrn Dr. Hagen, Freie Hansestadt Bremen, fortzusetzen.
--

AZ: IT1-190 001-9/0#22

Stand: 19. Oktober 2010

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 14.2 **Vorsitz des IT-Planungsrats**

Unter Hinweis auf die Regelungen zum Vorsitz des IT-Planungsrats im IT-Staatsvertrag und in der Geschäftsordnung seitens der Vorsitzenden stellen die Länder ihr Einvernehmen dazu fest, dass Baden-Württemberg im Jahr 2011 den Vorsitz übernehmen wird.

TOP 14.3 **Verschiedenes**

Die Vorsitzende, [REDACTED] dankte dem Gremium für die Zusammenarbeit in den Sitzungen des Jahres 2010 und das entgegengebrachte Vertrauen.

[REDACTED] regt an, die erste Sitzung im Jahr 2011 auf der CeBIT - möglichst auf dem Messegelände selbst - durchzuführen. Dies findet die allgemeine Zustimmung.

Die Geschäftsstelle wird gebeten, mit [REDACTED] einen Sitzungsplan für das Jahr 2011 frühzeitig abzustimmen.

Im Auftrag
Geschäftsstelle
Bundesministerium des Innern